

**Vortrag des Gemeinderats an den Stadtrat****Motion Fraktion SP/JUSO (Rithy Chheng/Thomas Göttin, SP): Preisgünstiges Wohnen und neues Quartierzentrum im Osten Berns; Fristverlängerung**

Am 30. August 2012 hat der Stadtrat folgende Motion Fraktion SP/JUSO erheblich erklärt:

Mit dem Bau des neuen Tramdepots Bolligenstrasse bietet sich die Chance, im Burgernziel Wohnungen zu realisieren. Das Areal liegt im Kirchenfeldquartier. Das Wettbewerbsprogramm (Abschluss des laufenden WW ist bis Ende 2012 geplant) sieht Folgendes vor: Total sollen rund 16'000 m<sup>2</sup> BGF gebaut werden. Davon sind 12'000 m<sup>2</sup> Wohnnutzung und 4'000 m<sup>2</sup> für Dienstleistung, Läden und Zentrumsfunktionen vorgesehen. Bei den Wohnnutzungen sind 2/3 für Wohnungen bis 3,5-Zimmer, rund 1/3 als grössere, respektive Familienwohneinheiten vorgesehen. Nebst dem dringend benötigten Wohnraum ergibt sich die einmalige Chance im Stadtteil Ost das lange vermisste städtebauliche Zeichen zu setzen und ein neues Stadtteilzentrum zu erstellen.

Derzeit entstehen im Osten von Bern diverse neue Wohnungen im oberen Preissegment (Vermontpark, Schönberg-Ost, Schönberg-Park, Bitziusstrasse/Haspelweg, Muriallee). Die Stadt Bern hat als Eigentümerin des Tramdepotareals die Verpflichtung, den Ost-Markt dahingehend zu beeinflussen, dass im Sinne einer ausgewogenen Wohnraumversorgung auch langfristig gesicherte preisgünstige Wohnungen entstehen. Die Stadt Bern muss ihr wenig verfügbares Bauland gezielt als Steuerungsinstrument für einen guten Wohnungsmix in allen Quartieren einsetzen. Auch die Absicht, ein für die bestehenden Quartierläden und -Institutionen erschwingliches Angebot zu schaffen, muss aktiv gefördert werden. Eine funktionierende, quartierverträgliche Erdgeschossnutzung ist zwingende Voraussetzung für die langfristige Attraktivität und Werterhaltung der ganzen Bebauung.

Im Westen von Bern hat die gute Partnerschaft zwischen gemeinnützigen Genossenschaften und der Stadt in den 50er und 60er Jahren Projekte hervorgebracht, die bis heute als vorbildliche und günstige Wohnquartiere mit funktionierenden Infrastrukturanlagen beliebt sind (z.B. Tscharnergut). An dieser Tradition soll angeknüpft werden.

Die SP/JUSO-Fraktion fordert deshalb den Gemeinderat auf, unverzüglich dafür zu sorgen, dass durch die Ausgestaltung der Baurechtsverträge die oben beschriebenen und nachfolgenden Ziele erreicht werden:

1. In der Wohnzone wird mindestens ein Drittel der Wohnnutzung als gemeinnütziger Wohnraum erstellt und betrieben. Besonders die grösseren Wohneinheiten für Familien stehen dabei im Fokus. Die Baurechtszinse sind entsprechend anzupassen.
2. Für Kleinunternehmen und Quartiernutzungen sind tragbare m<sup>2</sup>-Preise festzuschreiben. Diese Konditionen sind mit den allfälligen Mietern/Partnern zu diskutieren und es ist sicher zu stellen, dass zukünftige Investoren vorgängig diese Bedingungen akzeptieren.

Bern, 21. Juni 2012

*Motion Fraktion SP/JUSO (Rithy Chheng/Thomas Göttin, SP):* Bettina Stüssi, Hasim Sönmez, Annette Lehmann, Lea Kusano, Halua Pinto de Magalhães, Miriam Schwarz, Gisela Vollmer, Ursula Marti, Guglielmo Grossi, Patrizia Mordini, Ruedi Keller, Leyla Gül

## **Bericht des Gemeinderats**

Die Betriebskommission hat an ihrer Sitzung vom 30. August 2013 beschlossen, dass die Ausschreibung zum Vergabeverfahren zeitlich gesehen nach der Volksabstimmung zur Abgabe im Baurecht, die frühestens im Juni 2015 durchgeführt wird, erfolgen soll.

Da ein entsprechender Bericht zur Motion und deren Antrag zur Abschreibung erst dann vorgelegt und beantragt werden kann, wenn die definitiven Gespräche mit den Investorinnen und Investoren erfolgt und die Verträge abgeschlossen sind, beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat eine Fristerstreckung bis Ende 2015.

## **Antrag**

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zur Motion Fraktion SP/JUSO (Rithy Chheng/Thomas Göttin, SP): Preisgünstiges Wohnen und neues Quartierzentrum im Osten Berns; Fristverlängerung.
1. Er stimmt einer Fristverlängerung zur Erfüllung der Motion bis Ende 2015 zu.

Bern, 21. August 2014

Der Gemeinderat